

Ein klares NEIN zur Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“

Einmal mehr werden wir zur Urne gerufen, um über eine Volksinitiative abzustimmen, bei deren Annahme kein Stein auf dem anderen bleiben würde. Die Schweiz müsste total umgebaut werden. Ich lehne diese planwirtschaftliche und übertriebene Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ ab.

Ja, ich weiss: Der Mensch strebt danach, auf „grossem Fuss“ zu leben. Um unsere Bedürfnisse wie Essen, Trinken, Wohnen, Freizeit, Reisen, Arbeiten, etc. abzudecken, verbrauchen wir Ressourcen der Natur. Dass man nicht über seinen Verhältnissen leben und konsumieren sollte liegt in unserer Verantwortung. Deshalb regelt der Staat bereits heute in wichtigen Bereichen den haushälterischen Umgang mit Ressourcen. Darum ist die Schweiz ja auch Weltmeister im schonenden und effizienten Einsatz von Rohstoffen. Auch im Recycling ist die Schweiz bereits heute mit Abstand an der Weltspitze und verwertet den Abfall stofflich oder energetisch vorbildlich.

Da staatlicher Eingriff in diesem Bereich Wirtschaft und Bürger in ihren Freiheiten einschränkt, ist es unabdingbar, Augenmass zu wahren und die verfassungsmässigen Grundrechte nicht willkürlich einzuschränken. Dies aber wäre mit der Annahme der Initiative der Fall. Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsgarantie, Föderalismus, Eigenverantwortung, Subsidiarität und Eigenständigkeit müssten massiv eingeschränkt werden. Eine neuerliche staatliche Bevormundung der Bürgerin und des Bürgers wäre die Folge.

Die Initiative der Grünen Partei will eine konsequente Kreislaufwirtschaft fest in der Verfassung verankert haben. Das bedeutet, dass die Schweiz ihren Energie- und Rohstoffverbrauch um weit mehr als zwei Drittel reduzieren muss. Werden die bei einem Ja zur Volksinitiative noch zu setzenden Zwischenziele nicht erreicht, sind Bund, Kantone und Gemeinden gezwungen, die Daumenschraube anziehen.

Konkret sprechen folgende Argumente gegen die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“.

Nein zur extremen Initiative: Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um mindestens 65 Prozent ist zu radikal und gemäss Bundesrat selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Die Folgen eines so extremen Strukturwandels sind für die Gesellschaft und die Unternehmen unberechenbar, die volkswirtschaftlichen Kosten wären immens.

Nein zum internationalen Alleingang: Kein anderes Land kennt einen derart extremen Ansatz. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen. Sie ignoriert, dass umweltpolitische Herausforderungen nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen sind.

Nein zur Schwächung des Schweizer Werkplatzes: Neue Vorschriften und Verbote behindern Wettbewerb und Innovation, die Treiber von Wohlstand und technologischem Fortschritt sind. Die dadurch ausgelöste zusätzliche Regulierungswut gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze in der Schweiz.

Nein zu höheren Preisen – Nein zur Zweiklassengesellschaft: Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben verteuern beispielsweise die berufliche und private Mobilität, die Nahrungsmittel und die Mieten. Die Hochpreisinsel Schweiz wird weiter verteuert. Die Kaufkraft sinkt; eine neue Zweiklassengesellschaft entsteht.

Nein zur grünen Illusion – Ja zu Ressourceneffizienz: Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Die Schweiz belegt in internationalen Nachhaltigkeitsranglisten regelmässig Spitzenplätze und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit einem privatwirtschaftlichen Ansatz Quoten, von denen andere Länder nur träumen können.

Schlussfolgerung

Eine „grüne Wirtschaft“ im Sinne der Initiative bleibt ein unrealistischer Traum, denn:

- Über 70 Prozent der Umweltbelastung des Schweizer Konsums fällt im Ausland an. Dadurch sind die Handlungsmöglichkeiten sehr beschränkt.
- Die Schweiz ist bereits mustergültig unterwegs. Weitere Fortschritte stossen an technische Grenzen in Bezug auf die Wirkungsgrade und die Kosten für zusätzliche Einsparungen wachsen ins Unermessliche.
- Die Schweiz ist Weltspitze in Sachen Umwelt und Ressourcenschonung. Eine vollständige Kreislaufwirtschaft ist ökonomisch und ökologisch betrachtet eine grosse Illusion.

Zielführender für eine ressourcenschonende Gesellschaft ist es, den Weg der Eigenverantwortung und internationalen Zusammenarbeit weiterzuverfolgen, statt auf Bevormundung und Planwirtschaft in der Schweiz zu setzen.

Aus all diesen Überlegungen lehne ich die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ ab und setze mich weiterhin für eine Politik mit Augenmass ein.

Roland Eberle, Ständerat

Frauenfeld, 10. August 2016